ihre Männer würden die übrige freie Zeit im Wirtshause zubringen! Karl Marx, Engels und alle, die es angeht, mögen sich übrigens gesagt sein lassen, daß sie alle vom modernen Wirtschaftsleben gar nichts, aber auch rein gar nichts verstanden haben. Da ist Herr v. Heyl ein ganz andrer Kenner dieser Dinge, denn er „stellt fest", daß die Zunahme der Aktiengründungen auf die bedauerliche Thatsache zurückzuführen sei, daß viele Unternehmer infolge der sozialdemokratischen Bewegung die Liebe zu ihrem Beruf und zu ihren bis dahin persönlich geleiteten Unternehmungen verloren haben.

Was an durchschlagenden Gründen gegen den Achtstundentag geltend gemacht werden kann, verkörperte sich selbstverständlich in der Person des Herrn v. Stumm. Dieser wirtschaftspolitische Doktor Eisenbart, nach dessen Begriffen von der göttlichen Weltordnung die Ehen nicht mehr im Himmel, sondern in der ölfunzeldurchräucherten Portierstube seiner kapitalistisch-absolutistischen Zwingburg geschlossen werden, hat mit Emsigkeit wieder viel schätzbares Material zusammengetragen, aus dem die Ursachen des heutigen Elends der Arbeiter mit mathematischer Genauigkeit zu folgern sind. Vor allem ist es das Vereinsleben der Arbeiter, das eine Gefahr für das Familienleben derselben in sich schließt, und hat der deutsche Arbeiter wenig oder gar nichts zu essen, so sind es die Ausgaben für Vergnügungszwecke und für den Putz der Frauen, welche dafür verantwortlich zu machen sind. Einige Stummsche „Witze" vervollständigten die reichsparteiliche „Begründung" für die Ablehnung jedweder gesetzgeberischen Maßnahme zu Gunsten einer Verkürzung der Arbeitszeit.

Der Abg. Schneider von der freisinnigen Volkspartei empfahl die „wirkliche Freiheit" des Arbeitsvertrages und trat für die Sicherung des Koalitionsrechtes ein. Wie es sich beim Manchestertume von selbst versteht, will auch er von einem gesetzlichen Eingriffe zur Regelung der Arbeitszeit nichts wissen.

Der Abg. v. Puttkamer-Plauth sagte, von einer Reservearmee Arbeitsloser könne man nicht sprechen, denn in den Großstädten finde jeder Arbeitswillige Beschäftigung. Der sozialdemokratische Antrag sei nicht deutsch, womit der Redner jedenfalls sagen wollte, nicht junkerlich, welch letzterer Begriff sich jedenfalls mit dem Deutschtume des Herrn v. Puttkamer deckt. Der Antrag sei Wahlmache. Wenn in einigen Betriebszweigen die Arbeitszeit zu lang sei, möchten sich die Sozialdemokraten schriftlich an den Bundesrat wenden. Wie uns dünkt, der einfachste Weg, damit die Ruhe des geehrten Ratgebers im Reichstage mit solchen Dingen künftighin nicht mehr gestört wird.

Der Abg. Hüpeden (fraktionslos) erklärte zwar, für den Achtstundentag nicht stimmen zu können, zeigte aber im Uebrigen ein warmes Verständnis für die Lage der Arbeiter. Redner bestritt, daß die kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 zur Durchführung gekommen seien und redete der Staatshilfe das Wort, die um so nötiger sei, je mehr man den Arbeitern die Selbsthilfe durch die Organisationen erschwere.

Herrn v. Kardorff gelang das fast unglaubliche Kunststück, eine Rede zu halten, ohne der Doppelwährung Erwähnung zu thun. Der Achtstundentag sei eine Maßregel der Revolution und hindere den Fortschritt. Im Uebrigen „vertauschte" der Herr den Reichstag und die Regierung mit seiner Person, indem er glaubte, verkünden zu müssen, diese für die Wohlfahrt des ganzen Volkes berufenen Organe würden den Achtstunden-Antrag ablehnen, wozu es übrigens der Hellseherei des Silberlöwen gar nicht bedurfte.

Herr Pastor Schall verbrach einige seiner bekannten Stilblüten, zog dann mit echt christlicher Duldung und Sanftmut über seinen Amtsbruder Naumann her, dessen Agitation leider infolge der Schwäche des Kirchenregimentes geduldet werde, bedauerte, daß Pastor Naumann sich auf die Seite der Arbeiter allein stelle, und versprach schließlich, gegen den Antrag Auer zu stimmen, weil er von Leuten ausginge, die sich von Christentum und Religion losgesagt hätten. Herr Schall vergaß hinzuzufügen, daß nur ein Lebenswandel à la Philipp von Hessen allein ein christlicher und gottgefälliger sei.

In einer großen und sachlichen Rede unternahm es sodann der Abg. Legien, die wider den Antrag Auer erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Seine und die Rede des Abg. Fischer bilden geradezu eine Oase in der Wüste der Ignoranz, Beschränktheit oder direkten Feindseligkeit, welche von der Reichstagsmehrheit einer für das deutsche Volk, seine kulturelle und wirtschaftliche Entwickelung so bedeutungsvollen Angelegenheit entgegengebracht wurden. Eine Widerlegung der von diesen beiden Rednern vorgebrachten Gründe ist nicht erfolgt und konnte nicht erfolgen. Ist auch ganz natürlich. Wie könnten auch die Herren v. Stumm, v. Puttkamer, v. Kardorff, v. Heyl, Schall usw. sich in das Leben eines Arbeiters hineindenken, der sich 10 bis 12 Stunden täglich bei kärglichem Lohne sein Leben lang abrackert — wenn er Glück hat — oder monatelang in seinen besten Jahren durch die Arbeitslosigkeit zur Unthätigkeit und damit zum Hungern und allen Begleiterscheinungen des Elends verurteilt ist, abgesehen davon, daß unter diesen Umständen alles geistige Leben erstirbt und Kunst und Wissenschaft für Millionen soviel reellen Wert besitzen wie die hängenden Gärten der Semiramis. Und dabei handelt es sich um eine Forderung, die an dem Bestande der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation auch nicht das Geringste ändert, die aber in der Folge nahezu alle explosiven Stoffe ausscheidet, welche einer allmählichen und friedlichen Umgestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens — die doch unausbleiblich ist — entgegenstehen. Die Kurzsichtigkeit, Engherzigkeit und Gleichgültigkeit, welche immer wieder dieser Frage — deren praktische Durchführbarkeit zur Evidenz erwiesen ist — gegenüber sich äußert, wird einem künftigen Kulturhistoriker keine allzu hohe Meinung von dem Kulturverständnis unsers Zeitalters beibringen.

Bemerkenswert ist, daß regierungsseitig in die Debatte nicht eingegriffen wurde; eine stumme, aber doch beredte Sprache über die Anschauungen in Regierungskreisen. Und dabei legten sich einzelne Redner — Herr v. Stumm an der Tête — nicht den geringsten Zwang auf, geradezu provozirend in Sachen der Bäckereiverordnung des Bundesrates auf die Schädigungen des zwölfstündigen Arbeitstages wiederholt hinzuweisen, — von denen nicht die Gesellen, wohl aber die Meister betroffen worden seien. Was ist von Leuten, die den zwölfstündigen Arbeitstag als ein nationales Unglück beklagen, für den Achtstundentag zu erwarten? Zu allem jedoch schwieg die „innere" Regierung.

Welches Schicksal war nun dem Antrag Auer im Reichstage beschieden? Er wurde abgelehnt; die 63stündige Normalarbeitswoche? Sie wurde abgelehnt. Angenommen wurde eigentlich so viel wie nichts, nämlich ein Antrag des Zentrums, der besagt: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1. Erhebungen — insbesondere unter Befragung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, der Krankenkassen-Vorstände und -Aerzte, sowie durch Vergleichung der Statistik der Krankenkassen und Invaliditätsanstalten — darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird; 2. auf grund dieser Erhebungen überall dort, wo eine solche Gesundheitsgefährdung vorliegt, in Ausführung des § 120e, Absatz 3, der Gewerbeordnung durch entsprechende Verordnungen die Arbeitszeit zu regeln." — In der Annahme dieses Antrages, der nichts besagt und auch zu nichts verpflichtet, ist zugleich ein Kompliment für Herrn v. Stumm enthalten, der in der Sitzung vom 19. Februar betonte, daß er in Ausführung des § 120e bezüglich der Abkürzung der Arbeitszeit für gesundheitsschädliche Betriebe davor warne, den Unterantrag anzunehmen, welcher diese Regelung im Wege der Gesetzgebung statt der Verordnung des Bundesrates will; denn der Bundesrat könne in jedem Augenblicke seine Verordnung modifizieren, wenn sie sich in ihrer Wirkung als schädlich erweist. Nach Herrn v. Stumm hat sich ja bereits der zwölfstündige Arbeitstag der Bäckereiarbeiter als durchaus schädlich erwiesen. Was nunmehr zu stande kommt, wissen die Götter — und leider wir auch. Die amtlichen „Erhebungen" in Deutschland genießen einen Weltruf, sie werden auch bezüglich des obigen Antrages denselben rechtfertigen. Was eine „übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit" im Sinne der „verbündeten Regierungen" und des Reichstages bedeutet, berechtigt uns nicht, nur die geringste Hoffnung auf einen gesetzlichen Elfstundentag (ganz zu schweigen vom Achtstundentag) hegen zu dürfen. Wir sind der Ueberzeugung, daß auf dem Wege der Gesetzgebung noch in Jahrzehnten nicht in Deutschland an den Achtstundentag zu denken ist. Zu dem gesetzlichen Achtstundentage gehört auch die Zustimmung des Bundesrathes. Setzen die Arbeiter vielleicht in diesen eine größere Hoffnung als in den Reichstag? Die Arbeiter, welche den Achtstundentag in der Gegenwart erkämpfen wollen und müssen, werden nie dazu kommen, wenn sie nicht ihren gewerkschaftlichen Organisationen die ihnen gebührende Bedeutung verschaffen können. Wem dies nicht einleuchtet, dem ist einfach nicht zu helfen, denn die Sache liegt furchtbar nüchtern.

In der am 20. Februar ausgegebenen Nummer 21 der „Neuen Zeit" finden wir in einem ausgezeichneten Artikel über den Ausgang des Hamburger Streiks ebenfalls diese Anschauung bestätigt. Es heißt dort u. a.: „Und die Lehre dieses Streiks ist, daß die Niederlage zu vermeiden gewesen wäre, wenn der Lohnkampf zu gelegener Zeit mit einer stärkern Organisation und mit reicheren Mitteln unternommen worden wäre. Die drei Momente hängen innerlich zusammen, denn eine starke Organisation verfügt über große Mittel, welche sie sich hüten wird, zu ungelegener Zeit aufs Spiel zu setzen. Insofern widerlegt der Hamburger Ausstand aufs Neue die schon durch englische Erfahrungen widerlegte Meinung, daß die gewerkschaftliche Organisation gegen das moderne Kapital ohnmächtig sei." Der Aufsatz wendet sich im weitern der bekannten Parvusschen Schrift zu und erklärt sich einverstanden mit der dort aufgestellten Behauptung, „daß die hauptsächlichsten Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse für die Gegenwart und für die nächste Zukunft auf den Gebieten der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Gewerkschaftsorganisation liegen. . . . . Während die proletarischen Vertreter der Arbeiterklasse die Gegner fort und fort trefflich abtrumpfen, geht ein Lohnkampf nach dem andern verloren, und besonders der Hamburger Streik hat dem klassenbewußten Proletariat weit über die Hamburger Grenzen hinaus einen Kräfteverlust zugefügt, der durch die schönsten parlamentarischen Erfolge nicht ausgeglichen werden kann." Der Aufsatz führt weiter aus, daß der Schwerpunkt des proletarischen Klassenkampfes heute nicht auf dem parlamentarisch-politischen Gebiete liegt, „und so lange der gegenwärtige Reichstag besteht, wird er auch dort nicht liegen." Der Hamburger Streik sei allein ungleich wichtiger gewesen, „als sämtliche Debatten, die seit Jahr und Tag im Reichstage geführt worden sind".

Ob die Arbeiter diese Lehre beherzigen werden? Wir wünschen es, aber wir glauben es nicht. Denn um diese Aufgaben erfüllen zu können, gehört ernsthafte, nachhaltige und werkthätige Arbeit dazu, die leider in den Gewerkschaften durch leicht begreifliches, aber schädliches Phrasentum überwuchert ist. Die jüngsten Erfahrungen, die gerade die Buchdrucker machten, haben es aufs neue bestätigt.

Berliner Maschinenmeister-Statistik.

Die von uns bereits angedeutete, im November 1896 aufgenommene Statistik ergibt folgendes Bild:

Die Gesamtzahl der Berliner Buchdruckereibetriebe beträgt 405, von diesen haben die Statistik zurückgesandt 228 oder 56,3 Proz., während 177 Betriebe oder 43,7 Proz. dies unterließ; auch sonst war über die Verhältnisse in denselben nichts zu ermitteln, soweit es sich um die Zahl der im Betriebe befindlichen Maschinen, die Arbeitszeit und Bezahlung handelt. So viel ist jedoch bekannt, daß in denselben 135 Maschinenmeister beschäftigt wurden, das sind 17 Proz. aller Maschinenmeister, während 662 Maschinenmeister oder 83 Proz. aller Maschinenmeister die Statistik aufweist.

Die zuerst genannten 228 Betriebe hatten
996 einfache, 95 Doppel- und Zweifarben- und 102 Rotationsmaschinen,

außerdem sind noch angegeben 156 Tiegeldruck- und Bostonpressen; da aber die statistischen Fragebogen hierfür nichts vorgesehen, so kann angenommen werden, daß eine weit größere Zahl vorhanden ist, was mit in Betracht zu ziehen, wenn man sich die Verhältnisse ansieht, wie die Zahl der beschäftigten Maschinenmeister zu der Zahl der Maschinen sich verhält.

An 996 einfachen Maschinen arbeiten 533 Maschinenmeister, durchschnittlich auf einen Maschinenmeister 1,83 Maschine oder im Verhältnis 5:9,15; an 95 Doppel- resp. Zweifarbenmaschinen 69 Maschinenmeister, durchschnittlich auf einen Maschinenmeister 1,37 Maschine oder im Verhältnis 5:6,85; an 102 Rotationsmaschinen 60 Maschinenmeister, durchschnittlich auf einen Maschinenmeister 1,70 Maschine oder im Verhältnis 5:8,5, insgesamt sind 1193 Maschinen vorhanden, an denen 662 Maschinenmeister arbeiten; es kommen somit im allgemeinen Durchschnitt auf einen Maschinenmeister 1,8 Maschine oder ein Verhältnis von 5:9.

Dies Verhältnis wird aber wesentlich beeinflußt von 13 Großbetrieben, worunter zu verstehen Betriebe mit 15 und mehr Maschinen, bei denen das Verhältnis der Maschinen zu den daran beschäftigten Maschinenmeistern ein günstigeres ist. Bei diesen 13 Großbetrieben kamen auf 238 einfache Maschinen 175 Maschinenmeister, durchschnittlich auf einen Maschinenmeister 1,36 Maschine oder ein Verhältnis wie 3:4; auf 50 Doppel- und Zweifarbenmaschinen 45 Maschinenmeister, durchschnittlich auf einen Maschinenmeister 1,11 Maschine oder ein Verhältnis wie 3:3,33; auf 53 Rotationsmaschinen 30 Maschinenmeister, durchschnittlich auf einen Maschinenmeister 1,77 Maschine oder ein Verhältnis wie 5:9; insgesamt an 341 Maschinen 250 Maschinenmeister, es kommen somit auf einen Maschinenmeister im allgemeinen Durchschnitt 1,36 Maschine oder ein Verhältnis wie 3:4.

Läßt man die oben angeführten 13 Großbetriebe außer Berechnung und hält sich die übrig bleibenden 215 Betriebe mit 852 Maschinen und den daran beschäftigten 412 Maschinenmeistern einen Augenblick vor Augen, so ergibt sich folgendes Verhältnis: An 758 einfachen Maschinen 358 Maschinenmeister, durchschnittlich auf einen Maschinenmeister 2,12 Maschinen; an 45 Doppel- und Zweifarbenmaschinen 24 Maschinenmeister, durchschnittlich auf einen Maschinenmeister 1,9 Maschine; an 49 Rotationsmaschinen 30 Maschinenmeister, durchschnittlich auf einen Maschinenmeister 1,6 Maschine; insgesamt an 852 Maschinen 412 Maschinenmeister, es kommen somit auf einen Maschinenmeister im allgemeinen Durchschnitte 2,06 Maschinen oder ein Verhältnis von 1:2.

Im Großbetrieb auf einen Maschinenmeister 1,36 Maschinen oder ein Verhältnis wie 3:4, im mittlern und kleinen Betrieb auf einen Maschinenmeister 2,07 Maschinen oder ein Verhältnis wie 1:2, d. h. 50 Proz. schlechter. Zu bemerken ist hierbei noch, daß neben den Maschinen noch eine große Zahl von Tiegeldruck- und Bostonpressen mit bedient werden müssen, welche in der Statistik nicht mit aufgeführt sind und deshalb auch außer der Berechnung liegen.

In den 228 Betrieben waren die Maschinen wie folgt verteilt:

Betriebe:	32	51	34	24	9	22	13	7	4	5	4	1
Maschinen:	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Betriebe:	3	3	1	1	1	2	2	1	1	1	1	
Maschinen:	13	14	15	16	17	19	20	31	47	48	54	

32 Betr. m. 1 Maschine beschäftigten: 31 Betr. je 1, 1 Betr. keinen Maschmstr.
51 „ „ 2 Maschinen „ 42 Betr. je 1, 3 je 2, 1 3, 5 keinen Maschinenmeister.
34 „ „ 3 „ „ 1 Betr. 3, 8 je 2, 23 je 1, 2 keinen Maschmstr.
24 „ „ 4 „ „ 1 Betr. 3, 14 je 2, 9 je 1 Maschmstr.
9 „ „ 5 „ „ 1 Betr. 4, 3 je 3, 4 je 2, 1 Betrieb 1 Maschmstr.
22 „ „ 6 „ „ 1 Betr. 8, 3 je 4, 11 je 3, 7 je 2 Maschmstr.
13 „ „ 7 „ „ 3 Betr. je 4, 5 je 3, 5 je 2 Maschmstr.
7 „ „ 8 „ „ 3 Betr. je 4, 3 je 5, 1 6 Maschmstr.
4 Betr. m. 9 Maschinen beschäftigten 1 Betr. 7, 1 5, 1 4, 1 3 Maschmstr.
5 „ „ 10 „ „ 2 Betr. je 3, 1 5, 2 je 6 Maschmstr.
4 „ „ 11 „ „ 1 Betr. 6, 2 je 4, 1 3 Maschmstr.
1 „ „ 12 „ „ 4 Maschmstr.
3 „ „ 13 „ „ 2 Betr. je 8, 1 4 Maschmstr.
3 „ „ 14 „ „ 1 Betr. 9, 2 je 8 Maschmstr.
1 „ „ 15 „ „ 11 „
1 „ „ 16 „ „ 8 „
1 „ „ 17 „ „ 11 „
2 „ „ 19 „ „ 1 Betr. 14, 1 10 Maschmstr.
2 „ „ 20 „ „ 1 Betr. 9, 1 8 Maschinenmstr.
1 „ „ 31 „ „ 24 Maschmstr.
1 „ „ 47 „ „ 43 „
1 „ „ 48 „ „ 44 „
1 „ „ 54 „ „ 54 „

Die 32 Betriebe mit je einer Maschine beschäftigten in 31 Fällen auch einen Maschinenmeister, nur in einem Betriebe war kein Maschinenmeister.

Von den 51 Betrieben mit je 2 Maschinen waren 5 vorhanden, die überhaupt keinen Maschinenmeister beschäftigten, in einem Falle waren bei 2 Maschinen 3 Maschinenmeister, nur in 3 Fällen kam auf je 1 Maschinenmeister eine Maschine, während in den übrigen 42 Betrieben jeder Maschinenmeister 2 Maschinen zu bedienen hatte.

In den 34 Betrieben mit je 3 Maschinen waren es 23 Fälle, in denen 1 Maschinenmeister genügend erachtet wurde, 3 Maschinen zu bedienen, 2 Betriebe brauchten überhaupt keinen Maschinenmeister und nur in einem Betriebe war an jeder Maschine auch ein Maschinenmeister, während in 8 Betrieben je 2 Maschinenmeister an 3 Maschinen beschäftigt wurden.

In den 24 Betrieben mit je 4 Maschinen waren in 9 Fällen nur je 1 Maschinenmeister, in 14 Betrieben je 2 Maschinenmeister beschäftigt und nur in einem Falle 3 Maschinenmeister.

Bei den 9 Betrieben mit je 5 Maschinen war in einem Falle nur 1 Maschinenmeister thätig, in 4 Betrieben bedienten 2 Maschinenmeister die 5 Maschinen, in 3 Betrieben je 3 Maschinenmeister und nur in 1 Betriebe waren 4 Maschinenmeister thätig.

In den 22 Betrieben mit je 6 Maschinen versahen in 7 Fällen je 2 Maschinenmeister, in 11 Fällen je 3, in 3 Fällen je 4 Maschinenmeister die 6 Maschinen, während in einem Fall 8 Maschinenmeister an 6 Maschinen arbeiteten.

In 13 Betrieben mit je 7 Maschinen waren in 5 Fällen nur 2, in 5 Fällen nur 3 und in 3 Fällen 4 Maschinenmeister vorhanden.

In den 7 Betrieben mit je 8 Maschinen waren nur in einem Falle 6 Maschinenmeister beschäftigt, in 3 Fällen 5 und in 3 Fällen 4 Maschinenmeister.

In den 4 Betrieben mit je 9 Maschinen waren in einem Falle 7, in einem 5, in einem 4 und in einem nur 3 Maschinenmeister thätig.

In den 5 Betrieben mit je 10 Maschinen waren in 2 Fällen 6, in einem 5, in 2 Fällen aber nur 3 Maschinenmeister thätig.

In den 4 Betrieben mit je 11 Maschinen waren nur in einem Falle 6, während in 2 Betrieben nur 4 und in einem gar nur 3 Maschinenmeister thätig.

Ein Betrieb mit 12 Maschinen hatte auch nur 4 Maschinenmeister.

Von 3 Betrieben mit je 13 Maschinen hatte auch ein Betrieb nur 4 Maschinenmeister, während in den beiden anderen Fällen je 8 Maschinenmeister beschäftigt wurden.

In den 3 Betrieben mit je 14 Maschinen waren in einem Falle 9, in 2 Fällen 8 Maschinenmeister beschäftigt.

1 Betr. m. 15 Maschinen hatte 11 Maschinenmeister.

1 Betrieb mit 16 Maschinen hatte dagegen nur 8 Maschinenmeister.

1 Betr. m. 17 Maschinen hatte 11 Maschinenmeister.

2 Betriebe mit je 19 Maschinen 14 resp. 10 Maschinenmeister.

2 Betriebe mit je 20 Maschinen aber nur 9 resp. 8 Maschinenmeister.

1 Betr. m. 31 Maschinen hatte 24 Maschinenmeister.
1 Betr. m. 47 Maschinen hatte 43 Maschinenmeister.
1 Betr. m. 48 Maschinen hatte 44 Maschinenmeister.
1 Betr. m. 54 Maschinen hatte 54 Maschinenmeister.

Was die **Arbeitszeit** anbetrifft, so war dieselbe in 161 Betrieben (70,6 Proz.) mit 442 Maschinenmeistern (66 Proz.) eine einheitliche, d. h. in diesen Betrieben war die Arbeitszeit für das ganze Personal (einschl. der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen) die gleiche neunstündige, tarifmäßige und es war abgesehen worden von den im Tarife vorgesehenen Ausnahmen für Maschinenmeister;

in 14 Betrieben (6 Proz.) mit 126 Maschmstr. (19 Proz.) wurde jede dritte Woche ein freier Tag gewährt.

in 3 Betrieben (1 Proz.) mit 4 Maschmstr. (0,6 Proz.) wurden jede Woche 3 Stunden frei gegeben;

in weiteren 5 Betrieben war die Arbeitszeit wie folgt geregelt:

in 1 Betriebe mit 1 Maschmstr. wurde alle 14 Tage ein halber freier Tag gewährt (für 1/4 Stunde täglich längere Arbeitszeit);

in 1 Betriebe mit 10 Maschmstr. wurde alle 6 Wochen ein freier Tag gewährt (für 1/4 Stunde täglich längere Arbeitszeit);

in 1 Betriebe mit 5 Maschmstr. wurde alle 35 Tage ein freier Tage gewährt (für 1/4 Stunde täglich längere Arbeitszeit);

in 2 Betrieben (nur Zeitungen) wurden 6 Maschmstr. 8 freie Tage resp. 3 Wochen im Jahre gewährt,

so daß in 183 Betrieben (80 Proz.) die Arbeitszeit eine dem Tarif entsprechende ist, die insgesamt 594 Maschinenmeistern zu gute gekommen, d. h. an 90 Proz. der in der Statistik Aufnahme gefundenen Maschinenmeister arbeiten bei tarifmäßiger Arbeitszeit, während in 33 Betrieben (14,5 Proz.) die Arbeitszeit nicht dem Tarif entsprechend ist.

Es sind dies

13 Betriebe mit 29 Mschmstr. (19 V., 10 N.-V.), welche sich die 3 Stunden wöchentlich als Extrastunden bezahlen lassen; ferner

5 Betriebe mit 13 Maschmstr. (4 V., 9 N.-V.) bei alter Arbeitszeit ohne jede Entschädigung;

12 Betriebe mit 9 Maschmstr. (3 V., 6 N.-V.) wo die Arbeitszeit sogar länger als 10 Stunden und

3 Betriebe mit 7 Maschmstr. (— V., 7 N.-V.), welche sich damit einverstanden erklärten, bei flauem Geschäftsgange resp. zu Weihnachten 5 Tage blau zu machen; zusammen also

33 Betriebe mit 58 Maschmstr. (26 V., 32 N.-V.) = 9 Proz., die zu untarifmäßiger Arbeitszeit arbeiten;

12 Betriebe (5 Proz.) mit 10 Maschmstr. (2 V., 8 N.-V.) haben Angaben über die Arbeitszeit nicht gemacht.

Von den 13 Großbetrieben haben noch 4 mit 58 Maschinenmeistern die einheitliche Arbeitszeit nicht.

Ueberarbeit findet mehr oder weniger in 110 Betrieben statt, sie wird bezeichnet in 17 Fällen als „sehr selten", 52mal als „selten", „normal", „unbestimmt"; in 8 Betrieben wöchentlich 2 bis 3 Stunden, in 11 Betrieben wöchentlich bis 6 Stunden, in 14 Betrieben wöchentlich bis 10 Stunden, in 3 Betrieben periodisch, drei Monate im Jahr; in 5 Betrieben „bedeutend", wöchentlich 10 bis 15 Stunden und davon in einem bis zu 20 Stunden.

In 15 Betrieben war es üblich, daß einige Maschinenmeister zu Hause **Ausschnitte** machten; in 6 von diesen Betrieben wurden auch Lehrlinge damit beauftragt und ist es in 1 Betriebe vorgekommen, daß hierbei Lehrlinge — die etwa 6 Mk. Wochengeld erhalten — für geleistete Ueberstunden einschließlich an 15 bis 18 Mk. pro Woche ausgezahlt erhielten.

Die gezahlten **Wochenlöhne** betrugen bei

257 (39 Proz.) Maschmstr. unter 30 Mk. (darunter unter Minimum 2 Volontäre, 2 N.-V. und 1 Neuausgelernter);
103 (16 Proz.) Maschmstr. zu 30 Mk.;
302 (45 Proz.) Maschmstr. über 30 Mk.

Die Zahl der **Lehrlinge** betrug 289 oder 43 Proz. und kommt somit im Durchschnitt auf je 2,3 Gehilfen schon 1 Lehrling; läßt man aber die 13 Großbetriebe außer Betracht, welche bei 250 Maschinenmeistern 65 Lehrlinge oder 21 Proz. beschäftigen und bei denen erst auf je 3,87 Gehilfen 1 Lehrling kommt, so ergibt sich, daß die übrigen 215 Betriebe mit ihren 852 Maschinen neben 412 Maschinenmeistern 224 Lehrlinge beschäftigen und hierbei schon auf 1,84 Gehilfen 1 Lehrling kommt, das sind 54 Proz., während also im Großbetrieb ein Verhältnis besteht wie 4:15, ist es in den übrigen wie 4:7.

Die Zahl der Lehrlinge in den 177 Betrieben, welche in der Statistik nicht verzeichnet, beträgt bei 135 beschäftigten Maschinenmeistern 88 oder 67 Proz. und kommt hierbei im Durchschnitt auf je 1,53 Gehilfen schon 1 Lehrling, das Verhältnis ist demnach hier wie 4:6.

Die Gesamtzahl sämtlicher Lehrlinge beträgt 377 oder 47,3 Prozent.

Die Gesamtzahl sämtlicher Maschinenmeister beträgt 797.

Hilfsarbeiter wurden beschäftigt in 194 Betrieben 893.

Hilfsarbeiterinnen wurden beschäftigt in 194 Betrieben 1107.

Was die **Zugehörigkeit zur Organisation** anbetrifft, so waren von den 662 Maschinenmeistern, welche die Statistik aufführt: 439 Verbandsmitglieder und 223 Nichtverbandsmitglieder, hiervon arbeiten bei tarifmäßiger Arbeitszeit 414 V. und 180 N.-V., bei nichttarifmäßiger Arbeitszeit 26 V. und 32 N.-V., nicht angegeben die Arbeitszeit bei 2 V. und 8 N.-V.

In der Statistik nicht aufgeführt sind 85 Verbandsmitglieder und 50 Nichtverbandsmitglieder.

Dem Verbande der Deutschen Buchdrucker gehören von den insgesamt 797 Maschinenmeistern 524 oder 65,5 Proz. und von diesen dem Vereine Berliner Buchdruck-Maschinenmeister etwa 300 an.

Korrespondenzen.

Aachen. In der letzten Monatsversammlung am 6. Februar wurde der Antrag eingebracht, bei den städtischen Behörden in einem wohlmotivierten Schreiben vorstellig zu werden, bei Vergebung der städtischen Drucksachen für die Folge nur solche Firmen berücksichtigen zu wollen, welche den 1896er deutschen Buchdruckertarif als für sich bindend anerkannt haben. Dieser Antrag wurde von den Mitgliedern mit Beifall aufgenommen und aus der Mitte der Versammlung folgende Resolution eingereicht, welche, einstimmig angenommen, dem betreffenden Schreiben beigefügt werden soll: „Die heutige Versammlung beschließt, die Stadtverwaltung zu ersuchen, bei demnächstiger Vergebung von Drucksachen nur solche Firmen zu berücksichtigen, welche den allgemeinen deutschen Buchdruckertarif vom 1. Juli 1896 anerkannt, d. h. für sich als bindend erklärt, schriftlich dem deutschen Tarif-Amt oder mindestens ihren Personalen gegenüber mündlich Die Versammlung erblickt im weitern in der Vergebung von Arbeiten im Submissionswege nur eine Schädigung der Interessen der Arbeiter". — Die am folgenden Tage in Eschweiler abgehaltene erste diesjährige Bezirksversammlung war trotz eines richtigen Hundewetters ziemlich zahlreich besucht, da aus Aachen 20, aus Düren 14, Eschweiler 5 und Jülich 3 Kollegen anwesend waren. Der Vorsitzende Jos. Wilms begrüßte zunächst die Erschienenen und brachte denselben die besten Wünsche für das neue Jahr dar. Sodann folgte eine Reihe von Mitteilungen, Verlesung der Bewegungsstatistik des letzten Quartals und Erstattung eines ausführlichen Jahresberichtes, welcher noch einmal die während des vergangenen Jahres die deutsche Buchdruckerschaft bewegenden Fragen vor unserm geistigen Auge vorüberführte. Ueber das Vereinsleben im Bezirk Aachen wäre demselben folgendes zu entnehmen: Der Mitgliederstand betrug am Anfange des Jahres 79, abgereist 34, zum Militär 7, ausgetreten 4, ausgeschlossen 10, in Summa 55; neueingetreten sind 12, wieder eingetreten 2, zugereist 32, vom Militär 2, zusammen 48, sodaß am Schlusse des Jahres nur noch 72 Mitglieder vorhanden waren. Arbeitslos waren im Laufe des Jahres 34 Mitglieder 1009 Tage, krank 21 Mitglieder 711 Tage. An 252 in Aachen durchgereiste bezugsberechtigte Mitglieder wurden für 1588 Tage 1470,05 Mk. ausbezahlt. Die Gesamteinnahme belief sich auf 5384,10 Mk., die Gesamtausgabe auf 4711,63 Mk., bar an den Gaukassierer wurden 1150 Mk. abgesandt. Es fanden am Vorort, an welchem die Mitgliederzahl zwischen 50 und 55 schwankte, 11 ordentliche, 1 allgemeine und 2 außerordentliche Versammlungen statt. Der Geselligkeit waren eine karnevalistische Sitzung vor Fastnacht und das Johannisfest gewidmet. In allen übrigen Orten des Bezirks war es nicht möglich, die die übergroße Mehrheit bildenden Nichtmitglieder davon zu überzeugen, daß der Verband nur bestrebt sei, für ihre Interessen zu wirken, und demnach ein Vorgehen mit Aussicht auf Erfolg nicht möglich. Bezirksversammlungen fanden regelmäßig alle Quartale statt. Am Schlusse seines Berichtes mahnte Redner die Mitglieder, treu und unentwegt zur Fahne des Verbandes zu halten in Freud und Leid, als unser Schild und Hort, und stets für ihn einzutreten, damit er immer mehr wachse und endlich alle Kollegen umfasse zum Wohle desselben und ihrer selbst. Hierauf berichtete der Kassierer Laufenbach über den Stand der Kasse pro 4. Quartal. Von seiten des Revisors wurde erklärt, die Bücher und Belege in bester Ordnung vorgefunden zu haben, worauf die Versammlung auf Aufforderung des Vorsitzenden hin dem Kassierer für seine Mühe den Dank durch Erheben von den Sitzen abstattete. Bei Verlesung der Restantenliste konnte konstatiert werden, daß in dieser Beziehung endlich eine Wendung zum Bessern eingetreten ist, da die Zahl der Reste sich gegen das vorletzte Quartal bedeutend verringert hatte. Leider mußte gegen sechs Kollegen, welche ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen, der Ausschluß beantragt werden. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurden Düren und Jülich vorgeschlagen und erhielten bei der Abstimmung die gleiche Stimmenzahl, worauf die Vertreter von Jülich zu Gunsten Dürens verzichteten. Unter Verschiedenem wurden die Verhältnisse unsers Bezirks einer eingehenden Besprechung unterzogen, in welcher ein Kollege aus Düren u. a. ausführte, daß es leider Thatsache sei, daß sowohl im Bezirk Aachen wie im ganzen Gau Rheinland-Westfalen zum großen Teil in den Druckereien, namentlich an kleineren Orten, wo die Zentrumsblätter hergestellt würden, die schlechteste Bezahlungsweise, längste Arbeitszeit und größtmöglichste Lehrlingszucht vorherrschend seien. Deshalb halte er es für angebracht, an die Zentrumsfraktion, welche sich immer als eine arbeiterfreundliche aufspiele, eine Petition zu richten, in welcher diese Verhältnisse sowie die Bestrebungen und Ziele unsers Verbandes eingehend dargelegt werden sollen. Wenn den Prinzipalen durch die letzte Bewegung der Beweis geliefert worden sei, daß sie mit uns rechnen müßten, und auch schon eine bedeutende Verbesserung bezüglich der tariflichen Verhältnisse stattgefunden habe, so würde ein Druck, ausgeübt von der Zentrumsfraktion, noch ein weiteres bewirken. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung der Versammlung. Im weitern Verlaufe der Debatte kam man auch auf die sogenannte Opposition zu sprechen, deren Treiben an verschiedenen Beispielen dermaßen geschildert wurde, daß folgende Resolution fast einstimmig zur Annahme gelangte: „Die Versammlung sieht die Opposition, wie sie durch die Gefolgschaft Gaschs sich heute darstellt, als einen Schaden für den Verband und für das ganze Buchdruckgewerbe an und wünscht, daß der Vorstand des Verbandes auf Grund der Statuten sich dieser Opposition entledigt". Nachdem noch ein Kollege aus Düren zu einer dortselbst am 21. Februar stattfindenden typographischen Ausstellung eingeladen hatte, wurde noch einiges von nur lokalem Interesse besprochen, worauf der Vorsitzende nach einem Rückblick auf den Gang der Verhandlungen die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf das fernere Wachsen, Blühen und Gedeihen des Verbandes schloß.

Dresden. Nachdem in der Versammlung vom 2. Februar die Opposition (bis auf zwei) durch Annahme der Josephschen Resolution im Interesse einer friedlichen Erledigung der strittigen Fragen sich des Corr. zu bedienen versprach, macht zu unsrer Befriedigung heute Kollege Noack hiervon Gebrauch. Nur den einen Wunsch haben wir, daß er künftighin das Papier nicht auf zwei Seiten beschreiben möchte. Kollege Noack schreibt uns: In Nr. 17 des Corr. wird in der Nachschrift des Schriftführers und der Redaktion (ich habe dieselben als die „unumgänglichen" Begleiterinnen meiner Resolution im Corr. vorauserwartet) von mir gesagt, daß ich in der Versammlung „auch nicht eine einzige Lüge anzugeben vermochte", welche angeblich in dem Bericht über die letzte hiesige allgemeine Buchdruckerversammlung enthalten sein sollte. Ich will hier nur einige Punkte hervorheben. Erinnert sich denn der Herr Schriftführer nicht mehr, wie ich ihn darauf verwies, daß Kollege Sindermann ihn, den Schriftführer, zur Rede stellte, wie er dazu komme, etwas in den Versammlungsbericht zu bringen, was Sindermann gar nicht gesagt habe? Hat der Schriftführer nicht selbst zugegeben, daß dem so sei? Habe ich ihm nicht diese Taktlosigkeit vorgehalten? Handelte es sich ferner nicht bei der Frage der Einladung Gaschs darum, daß ich es bestritt, daß seine (Gaschs) Getreuen kategorisch verlangten: „du mußt!?" Habe ich nicht nur behauptet, daß mir von Gaschs Herkunft vorher nichts bekannt war? Habe ich gesagt, daß er überhaupt nicht eingeladen sei? Nein! Ich habe nur bestritten, daß die „Opposition" ihn kategorisch — sagen wir herdiktiert hat! Kann mir der Schriftführer das Gegenteil beweisen? Nein, denn die Einladung war eine rein persönliche Sache, wovon ich vorher absolut nichts wußte. — Kam es mir denn ausschließlich nur darauf an, Lügen zu brandmarken? Habe ich nicht auch die Kombinationskunst des Schriftführers, die sich auch in Nr. 17 des Corr. wieder so groß macht, gekennzeichnet? Enthält der Bericht in Nr. 17 nicht auch wieder Entstellungen und Unrichtigkeiten? Haben frühere Berichte dies nicht auch gehabt? Es kam mir darauf an, das System zu zeigen, die Mittel zu charakterisieren, mit denen „gearbeitet" wird, und hierin berufe ich mich auf alle Teilnehmer jener Versammlungen. Welche „Künste" hat man nicht alle angewendet, um die Abstimmung über meine Resolution zu hintertreiben! Hat man solche Mittel nicht in jeder Versammlung anwenden sehen? Kann dies ein ehrlicher Mensch für Recht halten? Entspricht dies den parlamentarischen Gepflogenheiten? Hat sich nicht der Vorsitzende einer Versammlung während der Ausübung seines Amtes **jeder** Parteilichkeit zu enthalten? Wie steht es damit in Dresden? Will der Schriftführer die 75 Personen, die für meine Tadelsresolution stimmten, für unzurechnungsfähig gelten lassen? Warum gelangte meine Resolution zur Annahme? Weil die Versammlung das gleiche Empfinden hatte wie der Antragsteller. Ist es nich: eine — — —, zu behaupten, nicht eine einzige Unwahrheit sei widerlegt? Angesichts der wirklichen Thatsachen gehört dazu eine große Portion — na, sagen wir — Unverfrorenheit. Zum Schlusse will ich mich noch gegen den versteckten Angriff wenden, der mich als den unter Ausschluß der Oeffentlichkeit amtierenden Vertrauensmann bezeichnet. Dies bin ich nicht und war es nie; es bezeugt mir dieser Vorwurf wieder aufs neue die seltsame Kombinationskunst des Herrn Schenk. — Für mich ist hiermit die Angelegenheit erledigt.

Dresden. In dem Dresdener Versammlungsberichte vom 2. Februar (Corr. Nr. 17) sind die Angriffe des einen Redners gegen mich wortgetreu und sogar gesperrt mitgeteilt, während die Objektivität des Schriftführers diesen vergessen ließ, meine in betr. Versammlung sofort gebrachten wohlbegründeten Entgegnungen überhaupt zu bringen. Wenn z. B. mir die unerhörte Beleidigung entgegengeschleudert wurde, 1890 im Streik meine Pflicht verletzt zu haben, so habe ich dagegen ausgeführt: „nur so gehandelt zu haben wie die Personale der bedeutenden Druckereien von Meinhold Söhne, Dresdner Anzeiger, Alte Nachrichten usw. Die Parole hieß damals leider: wo bewilligt, ist die Kündigung zurückzunehmen. Sollten wir zwei Mann bei Römmler anders handeln? Sind nicht während des Streiks vom hiesigen Gehilfenarbeitsnachweise ganze Personale untergebracht worden? z. B. Druckerei Union. Wenn ich, wie weiter ausgeführt wird, durch diese Handlung schon damals das Vertrauen des hiesigen Vorstandes eingebüßt haben soll (nach sechs Jahren hörte ich dies das erste Mal), so berufe ich mich ruhig auf das Urteil meiner damaligen Vorstandskollegen. Ich habe meine Pflicht als zweiter Vorsitzender des Gau- und Ortsvereins Dresden nach besten Kräften in dieser Sturmperiode uneigennützig erfüllt. Beweis: noch viermal wurde ich mit der größten Stimmenzahl in den Vorstand gewählt und später zum Gauvorsteher berufen. 1895 bin ich freiwillig zurückgetreten. Ferner wird mir Prinzipienverletzung aus Anlaß des 25jährigen Geschäftsjubiläums der Firma Römmler vorgeworfen. Ich habe weiter nichts gethan, als einen gedruckten, von mir aber nicht verfaßten Geschäftsrückblick kouvertiert und an hiesige Tagesblätter verschickt. Darum wurde ich gebeten, weil der damit betraute Buchhalter dies allein nicht bewerkstelligen konnte. Wie oft liest man im Corr. lange Berichte über derartige Jubiläen; ich habe dies aber nicht gethan, trotzdem das Geschäft von Römmler als ein für die Arbeiter gutes mit vollem Rechte gelten kann. Existiert doch die neunstündige Arbeitszeit daselbst für uns Buchdrucker schon seit Jahrzehnten. Trotzdem ich gegen die Resolution Joseph gestimmt, wende ich mich an den Corr., um meinen Kollegen vorstehendes zu unterbreiten, gleichzeitig damit dokumentierend, daß ich als „wüster" Opponent mich jedem Versammlungsbeschluß unterordne. Zum Schlusse bemerke ich noch, daß ich dieser Kampfesweise gegenüber die Waffen strecke und das Feld räume. Nie wieder, weder in Versammlung noch Schrift werde ich reagieren. Unserm Schriftführer, Herrn Schenk, rufe ich zu: lies den Bericht aus Hannover (s. Corr. Nr. 17) und thue desgleichen, d. h. schreibe auch so objektiv! M. Golbs.

Anmerkung der Redaktion. Die in rein persönlichen Angriffen gegen den Kollegen Steinbrück bestehenden Ausführungen vorstehender Erwiderung haben wir gestrichen, da diesbezüglich die Dresdener Kollegen schon vor Monaten in der unzweideutigsten Weise ihr Urteil abgegeben haben. In der am 24. September 1896 abgehaltenen Versammlung wurde bekanntlich folgende Resolution mit 76 gegen 5 Stimmen angenommen: „Die heutige Gaumitgliederversammlung erklärt, daß die von Herrn Golbs direkt gegen Herrn Steinbrück und indirekt gegen die übrigen vormaligen und gegenwärtigen Vorstandsmitglieder gerichteten Anschuldigungen nicht im Interesse der Kollegenschaft erfolgt, vielmehr geeignet sind, die Organisation schwer zu schädigen; denn einesteils ist der Inhalt nicht erweisbar, anderenteils ist ihre Form dazu angethan, unter den Kollegen Mißtrauen gegen die erwählten Männer ihres Vertrauens zu säen und dadurch ein geschlossenes Handeln seitens der Mitglieder und des Vorstandes gegenüber dem wirtschaftlichen Gegner illusorisch zu machen." — Ist es nötig, Herrn Golbs daran zu erinnern? — Bei all seiner rein persönlichen Kampfesweise verlangt Herr Golbs natürlich stets für seine Person ein Anfassen mit Glacéhandschuhen. Herr Golbs hat sich den Beschlüssen der Generalversammlung, obiger Resolution und auch neuerdings der Josephschen nicht gefügt und fortgesetzt an der Seite des Gasch brav und tüchtig weitergehetzt, „eine Kampfesweise", der ein anständiger Mensch gegenüber die „Waffen strecken" muß. Wenn daher ein Schriftführer mit Leuten vom Schlage des Herrn Golbs zu thun hat, wäre es „mehr als ein Verbrechen", es wäre „ein Fehler" (wie der Polizeiminister Fouché sich über die Erschießung des Herzogs von Enghien ausließ), hier nicht rücksichtslos zuzugreifen. Den Abdruck seiner „Berichtigung" hat er — wie auch Herr Noack — übrigens nur einer philantropischen Anwandlung unserseits zu danken, denn der Radau-Opposition bleibt der Corr. verschlossen.

Elberfeld. Am Sonntag, den 14. Februar, fand hier eine Bezirksversammlung im Lokale des Herrn Sauerzopf statt (im vergangenen Vereinsjahre 4 ordentliche sowie 2 außerordentliche Bezirksversammlungen). Der Mitgliederstand vom Jahr 1896 war 103, Zugang 91, neu eingetreten 41, wieder eingetreten 14, vom Militär 2, Summa 251. Abgegangen 103, zum Militär 3, ausgetreten 6, ausgeschlossen 28, Bestand 111. Krank waren 56 Mitglieder 1133 Tage. Arbeitslos waren 146 Mitglieder 2337 Tage. An Ortsversammlungen fanden in Elberfeld 3 General-, 8 Mitglieder-, 1 außerordentliche sowie 7 allgemeine Versammlungen statt. An der Bewegung beteiligten sich in Elberfeld 37 Setzer und Maschinenmeister, 32 Steindrucker, Einleger und Einlegerinnen sowie 2 Setzer in Solingen und 2 in Ohligs. Leider war unser Vorsitzender Kollege Windgassen gezwungen, den Staub Elberfelds von den Füßen zu schütteln, die Versammlung ehrte die bisherige Thätigkeit desselben durch Erheben von den Sitzen. Wir wünschen ihm von Herzen, daß es ihm in seiner neuen Stellung in Essen gefalle und hoffen, daß er seine Elberfelder Kollegen nicht vergessen möge. Als Vorsitzender wurde Kollege Lohmann gewählt, Kassierer blieb unser Kassierer-Veterane Görgen, Schriftführer wurde Kollege Birk. Die Präsenzliste stellte sich wie folgt zusammen: Elberfeld 28, Solingen 9, Wald 3, Velbert 3, ferner 4 Kollegen als Gäste. Ueber einen Antrag Solingen, Stellungnahme zur Düsseldorfer Resolution, wurde ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen. Ein Antrag, Aenderung des Bezirksreglements, wurde angenommen und eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, um die Vorarbeiten zu erledigen. Als Ort zur nächsten Versammlung wurde Velbert gewählt Sodann wurde ein Antrag angenommen, wonach die Sperre in den Druckereien aufgehoben wird, die den Tarif bezahlen. Es ist aber auf **jeden** Fall **vor** Konditionsannahme Erkundigung bei H. Lohmann, Rosenstr. 20 einzuholen. Sodann muß hier noch ein Fall erwähnt werden, der wieder einmal beweist, wie auf die Prinzipalsdankbarkeit gerechnet werden kann. Ein Maschinenmeister (R.-B.) war seit 1859 mit geringer Unterbrechung bei der Firma Sam. Lucas beschäftigt. Am Montag vor acht Tagen ließ er sich etwas Schnaps holen; der Junge wurde erwischt und der Obermaschinenmeister sagte ihm, in vierzehn Tagen sei er

Reisekasse mit zu versehen und die Einnahmen aus dieser fließen in die Mitgliedschaftskasse. — Dem freiwillig zurückgetretenen bisherigen Reisekasseverwalter Martin, welcher sein Amt dreizehn Jahre lang treu und gewissenhaft verwaltete, wurde der Dank der Versammlung durch Erheben von den Sitzen ausgesprochen. — Für die Beisitzer (zugleich Revisoren) wurde im vergangenen Jahre die Summe von 30 Mk. gezahlt. Dieselben erhalten jetzt pro Mann und Sitzung 50 Pf. — Die neugewählte Vorstandschaft wurde bereits in Nr. 14 des Corr. unter Verbandsnachrichten bekannt gegeben. — Aus dem Jahresberichte der Vergnügungskommission ging hervor, daß im vergangenen Jahre fünf Vergnügungen abgehalten wurden. Von diesen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: das Johannisfest, das von auswärtigen Kollegen stark besucht war und bei welchem Kollege Rexhäuser die Festrede hielt, und eine kleine Festlichkeit, welche zu Ehren der die Bayr. Landesausstellung besuchenden fremden Kollegen arrangiert wurde. Da die Zeit bereits sehr vorgerückt war, wurde ein gestellter Antrag, die Generalversammlung abzubrechen und dieselbe am 14. Februar fortzusetzen, angenommen. — Die am 14. Februar abgehaltene Fortsetzung der Generalversammlung wurde durch den neugewählten Vorsitzenden Friedrich Link sen. eröffnet. Nachdem das Protokoll der abgebrochenen Generalversammlung verlesen, wurde in der Debatte über die Vergnügungskommission fortgefahren. Es wurde beschlossen, diese fallen zu lassen und mit der Arrangierung der Festlichkeiten wieder die Vorstandschaft zu betrauen. — Die Bibliothek der Mitgliedschaft umfaßt 266 Bände. Da die Zahl der Bücher im Verhältnisse zum Mitgliederstande keine große ist, bewilligte die Vorstandschaft in einer ihrer letzten Sitzungen 25 Mk. und die Generalversammlung wiederum 40 Mk. für Neuanschaffungen. — Kollege Beißwanger wurde wieder wie im vergangenen Jahre mit der Vertretung der Mitgliedschaft bei den Gewerkschaftssitzungen betraut. — Seit 1. Januar 1897 ist der Corr. hier obligatorisch eingeführt und zwar auf je zwei Mann ein Exemplar. Da diese Art des Bezuges zu mancherlei Unzuträglichkeiten geführt, wurde beschlossen, vom 1. April ab für jeden Kollegen ein Exemplar zu bestellen. Die Kosten des Abonnements und der Zustellung trägt die Mitgliedschaftskasse. Es beträgt die wöchentliche Steuer einschl. der am Orte befindlichen Buchdrucker-Unterstützungskasse (Kranken- und Invalidenkasse) und der Witwenkasse 2,12 Mk. Schreiber dieses will es nicht unterlassen, besonders die jungen Kollegen auf beide letztgenannten Kassen aufmerksam zu machen und sie zum Beitritte zu ermuntern. — Unmittelbar hieran schloß sich noch eine Mitgliederversammlung. Der einzige Tagesordnungspunkt lautete: Anträge zum Gautage. Nach längerer Debatte einigte man sich über folgende Anträge: 1. Der Gautag soll nur alle drei Jahre und zwar vor der Generalversammlung des V. d. D. B. abgehalten werden; 2. Auf die Tagesordnung zum Gautag als einen der ersten Punkte zu setzen: „Die tarifliche Lage in Bayern.“ 3. „Der Gau Bayern ist in Agitationsbezirke einzuteilen.“ 4. „Der Gautag möge in Bezug auf die Gauzuschüsse Bestimmungen treffen, die eine Gegenseitigkeit mit anderen Gauen möglich machen.“ Außerdem wird an den Gauvorstand der Antrag gestellt, den seitherigen bayerischen Gehilfenvertreter im Tarifausschusse Rexhäuser auf Kosten des Gaues zum Gautag einzuladen. Nach Erledigung dieser Anträge kam ein Brief des Gauvorstehers Seitz zur Verlesung. Die B.-W. brachte seinerzeit die Nachricht, daß der ganze bayerische Gauvorstand oppositionell sei. Da dieser Nachricht nicht widersprochen wurde, beschloß die hiesige Mitgliedschaft in ihrer Versammlung vom 5. Dezember 1896, vom Gauvorstande zu verlangen, daß er Farbe bekenne. In seiner Antwort hierauf teilt nun Kollege Seitz mit, „daß der Gauvorstand einstimmig zu dem Beschlusse gelangt ist, die Beantwortung dieser unberechtigten Frage abzulehnen. So wenig, wie sich der Gauvorstand anmaßt, einzelne Mitglieder, Mitgliedschaften oder Vertrauenspersonen auf ihre Gesinnung zu kontrollieren, ebensowenig stände dieses den Mitgliedern dem Gau gegenüber zu.“ Ueber diese Antwort wurde lebhaft diskutiert und dieselbe als inkorrekt bezeichnet. Ein Kollege verwahrt sich dagegen, daß der Gau Bayern von Oppositionellen verwaltet werde, was namentlich in der Tariffrage für die Mitglieder von größter Bedeutung sei. Es könne denselben nicht gleichgültig sein, wenn der bayerische Gauvorstand eventuell nach den „Prinzipien“ der B.-W. handle oder beschließe. Es wurde weiter ausgeführt, daß die Ansichten des Kollegen Seitz als Person uns gleich seien, aber wir hätten ein Recht, an den Gauvorstand das gestellte Verlangen zu richten und dieser sei uns Antwort schuldig. Es wurde nunmehr folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung nimmt die Antwort des Gauvorstandes zur Kenntnis, verzichtet auf eine weitere Erörterung der Angelegenheit und überläßt das Weitere den zu wählenden Delegierten zum Gautage.“ Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. — (Die letzte Mitgliederversammlung des Würzburger Ortsvereins ärgert sich wieder einmal über die Nürnberger Kollegen, weil dieselben von einer Opposition à la Gasch nichts wissen wollen. Einige Würzburger Anhänger Gaschs möchten absolut die Nürnberger bekehren. Erst vor kurzer Zeit versuchte ein bekannter Würzburger Genosse einen hiesigen Buchhändler für die Verbreitung der B.-W. zu gewinnen. Sein Versuch ist gänzlich mißglückt und haben jetzt hoffentlich die Nürnberger Kollegen ihren Frieden. D. Schr.) Die Eingangs erwähnte, am 17. September 1896 aufgenommene Statistik zeigt folgendes Bild:

Druckerei	Setzer	Drucker	Gesamtzahl	Nichtmitgl.	Lehrlinge	Bezahlung über Minimum	zum Minimum	unter Minimum	Im Berechnen	Effektive Arbeitszeit
Alfa	2	1	3	3	3	1	—	2	—	9½
Auer	2	—	2	1	2	—	—	2	—	9½
Bieling-Dietz	24	6	30	8	5	9	20	1	1	9
Eckart	—	—	1 [1]	—	—	—	1	—	—	9
Flessa, Karl	3	1	4	2	4	2	1	1	—	8 [2]
Grohrock	3	1	4	1	5	3	1	—	—	9
Gutmann	13	2	15	—	4	3	10	2	—	9
Heydolf	4	3	7	2	2	3	2	2	—	9
Klingler, K.	3	1	4	1	2	1	2	1	—	8½
Knoll	6	1	7	6	2	1	—	6	—	9½
Lotter	9	2	11	2	8	5	4	2	—	9
Lechleder	3	1	4	—	2	2	—	2	—	9
Monninger	9	2	11	2	2	6	2	3	—	9
Nister	8	5	15 [3]	—	2	15	—	—	—	9
Reusch	1	—	1	—	2	—	1	—	—	9
Rüll	2	1	3	2	6	1	—	2	—	9½
Rosenfeld	3	2	5	5	2	—	1	4	—	10
Schemm, Fritz	1	1	2	1	—	—	1	1	—	9
Schemm, Bleichstr.	2	1	3	2	2	1	—	2	—	9½
Schlennert	5	1	6	—	2	2	3	1	—	9
Sebald	11	4	15	2	3	6	9	—	—	9
Stich, Karl (J. L.)	16	4	20	17	6	8	11	1	—	9
Stich, Robert	5	1	6	3	7	3	1	2	—	9
Spandel (Gen.-Anz)	13	1	16 [4]	—	3	16	—	—	13	9
Oertel (Frk. Tagesp.)	23	3	27 [5]	—	4	26	1	—	2	8¼
Tümmel (Kurier)	28	—	28	3	—	28	—	—	25	9½ [6]
Tümmel (Werk)	23	7	30	3	8	13	16	1	—	9 [7]
Volkhardt & Wilbert	1	1	2	1	2	—	—	2	—	9½
Zeder	9	1	10	6	5	4	4	2	—	9
Zophy & Popp	—	1	1	—	—	1	—	—	—	9¾
Harl, Schriftgießerei	—	—	7	3	2	6	1	—	3	9½
	232	55	300	76	97	166	92	42	44	—

Bemerkungen: [1] Schweizerdegen. [2] Im Sommer beträgt die Arbeitszeit wöchentlich 48 Stunden, im Winter 54¾ Stunden. [3] einschl. 1 Stereotypeur und 1 Galvanoplastiker. [4] einschl. 1 Stereotypeur und 1 Korrektor. [5] einschl. 1 Stereotypeur. [6] Regelmäßig Samstag noch 3 Ueberstunden für Herstellung des Sonntagsblattes. Trotzdem bei dem Chef dieser Firma die Kollegen dortselbst und auch der erste stellvertretende Gehilfenvertreter, Herr Link, vorstellig wurden, war eine Verkürzung der Arbeitszeit bis jetzt nicht zu erreichen. Schuld daran soll der beschränkte Raum sein, welcher nicht gestattet, einen oder zwei Kollegen noch unterzubringen. [7] Die einzige Druckerei Nürnbergs, welche von der Ausnahmebestimmung des § 31 des Tarifs Gebrauch macht. Die Maschinenmeister arbeiten wie früher täglich 9½ Stunden, erhalten dafür aber alle 3 Wochen einen Tag frei. Die Druckerei war bei Einführung des Tarifs mit Arbeiten für die Landesausstellung überhäuft und das wird sie veranlaßt haben, diese Ausnahmebestimmung anzunehmen.

Unter den 42 unter Minimum Bezahlten befinden sich 20 Neuausgelernte, welche jetzt meistens das Minimum für Neuausgelernte (17,25 Mk.) haben. Die Zahl der Lehrlinge dürfte sich noch etwas erhöhen, da von verschiedenen kleinen Druckereien keine Nachricht zu erhalten war. Wie die Statistik zeigt, wäre noch sehr viel zu verbessern und es ist zu wünschen, daß es den vereinten Kräften der Vorstandschaft und des stellvertretenden Gehilfenvertreters Kollegen Link gelingt, den neuen Tarif bald voll und ganz in allen Druckereien einzuführen. — Trotzdem die Gehilfen-Beisitzer zu dem hier zu gründenden Tarif-Schiedsgerichte bereits am 12. November v. J. gewählt wurden, hat man von einer Wahl von Prinzipals-Beisitzern bis jetzt nichts vernommen. Die Herren Prinzipale glauben wahrscheinlich mit Anerkennung des Tarifs ihre Schuldigkeit gethan zu haben.

§ **Offenbach** a. M. Die am Montag, den 15. d. M., einberufene allgemeine Schriftgießerversammlung war nahezu von allen hier konditionierenden Kollegen besucht, man war sich seiner Pflicht bewußt, daß der entscheidende Augenblick näher kam: die Einreichung des von der Berliner Siebenerkommission der deutschen Schriftgießer begutachteten Normaltarifs der Offenbacher Schriftgießer. Auch unser Gauvorsteher Karl Dominé und der Bezirksvorsteher Dorschu aus Frankfurt sowie der hiesige Bezirksvorstand waren der an sie ergangenen Einladung gefolgt. Nach Eröffnung der Versammlung und Verlesung des an die Prinzipale mit der Ueberreichung des Tarifs beigegebenen Begleitschreibens sprach zunächst Kollege Dorschu in einer längern Rede über die nächsten Schritte der Offenbach-Frankfurter Schriftgießer, wies auf die gefaßten Beschlüsse des Offenbacher Kongresses hin und empfahl in warmen Worten den Eintritt der Schriftgießer in den Verband, denn nur dieser sei für uns ein sicherer Hort und Zufluchtsort, der unsere materiellen Verhältnisse verbessern helfe. Die Ausführungen des Kollegen Dorschu wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Sodann wurde in die Tagesordnung: „Beschlußfassung über die Art der Einführung des örtlichen Tarifs nebst den für sämtliche Gießstädte zu Grunde gelegten Normativbestimmungen“, eingetreten. Die gepflogene kurze Debatte zeitigte einen Antrag, welcher dahin ging, am Dienstag Vormittag 10 Uhr in allen Geschäften durch die dort stehenden Kommissionsmitglieder die Ueberreichung des Tarifs an die Prinzipale zu vollziehen; auch der Termin der Rückäußerung derselben bis Samstag Mittag wurde gut geheißen. Es wurde bedauert, daß die Kollegen in der Gießerei van der Heyden sich noch gleichgültig verhalten (es waren von dieser Gießerei nur drei jüngere Kollegen anwesend). Daher wurde beschlossen, dieser Gießerei den Tarif per Post zuzustellen. Nachdem noch der Vorsitzende zu energischem Handeln aufgefordert hatte, ergriff Kollege Dominé das Wort, welcher sich erfreut über die herrschende Einigkeit ausdrückte und den Versammelten die weitgehendste Unterstützung der Buchdrucker zusicherte. Der Bezirksvorstand äußerte sich in ähnlichem Sinn. Erfreulicherweise meldete sich noch eine Anzahl der Anwesenden zur Aufnahme in den Verband. Weiter wurde noch beschlossen, am Montag Abend eine Versammlung einzuberufen, um die Antwort unserer Prinzipale entgegen zu nehmen. Und so sei die Erwartung ausgesprochen, daß man sich prinzipalsseitig unseren bescheidenen und gerechten Forderungen nicht verschließen und entgegenkommend zeigen möge. Wir kommen friedlich entgegen, thun auch unsere Prinzipale dasselbe, dann wird der Ausgang in der Tariffrage beide Teile befriedigen. Was wir verlangen, ist doch so minimal, daß rechtens keine Gießerei unsere Forderungen ablehnen kann. Im Uebrigen aber Kollegen, rufen wir Euch zu: Haltet fest zusammen und seid einig. Die deutsche und österreichische Kollegenschaft blickt auf Euch und steht auch hinter Euch.

Rixdorf-Britz. Am Sonntag, den 14. Februar, hielt Kollege Massini einen Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit und was lehren uns dieselben?“ Der Vortragende führte u. a. aus: „Es geht durch die heutige Arbeiterschaft die Erkenntnis, daß die Verhältnisse nicht so weiter gehen können, denn in den letzten zehn Jahren ist nicht ein einziger Erfolg zu verzeichnen. Trotz guter Konjunktur mußten die Arbeiter ihre ganze Kraft aufwenden, um nicht lahmgelegt zu werden; woran liegt das? Die Voraussetzung, daß Solidarität vorhanden sein muß, trifft zwar meistens zu, reicht aber nicht aus gegen die Unternehmer. Der Streik der Hutmacher z. B. im vorigen Jahre war nur ein Abwehrstreik wegen Maßregelung einer Vertrauensperson; die Arbeiter wurden ausgesperrt, verloren den Streik binnen 4 bis 5 Wochen und mußten Reverse unterschreiben, nicht dem Vereine der Deutschen Hutmacher anzugehören. Ebenso ungünstig verliefen die Streiks der Textilarbeiter in Kottbus und der Konfektionsarbeiter (nur in Breslau und Stettin errangen letztere geringe Erfolge), trotz der Einmischung des Reichstages und einiger Philantropen. Besonders bei letzterm Streik war die fehlende Organisation schuld; man organisierte sich erst während des Streiks, Beiträge wurden aber fast gar nicht gezahlt. Die Maurer und Zimmerleute errangen zwar einen Erfolg, indem sie während der Berliner Gewerbe-Ausstellung sich den neunstündigen Arbeitstag eroberten, aber sie werden das Errungene auch wieder verteidigen müssen. Ferner unterlagen die Lithographen und Steindrucker, und die Buchbinder konnten sich nicht lange ihres Sieges freuen. Am deutlichsten zeigt sich die Misère des wirtschaftlichen Kampfes beim Hamburger Hafenarbeiterstreik, zu welchem der ungünstigste Augenblick, der Winter, wo viele Arbeiter, z. B. Maurer usw., ohne Beschäftigung sind, gewählt wurde, außerdem waren die Streikenden, weil fast ohne Organisation, nur auf die Solidarität der deutschen Arbeiter angewiesen und hatten gegen sich ein Unternehmertum, das seit dem Tabakarbeiterausstand in sich fest geschlossen dastand. Die vorgeschlagene Einigung wurde zurückgewiesen. Man will dem Arbeiter das Mitberatungsrecht nicht zugestehen. Auf dieses Recht legen die deutschen Arbeiter viel zu wenig Gewicht, während die englischen Gewerkschaften dadurch groß geworden sind. Das deutsche Unternehmertum bekämpft heutzutage noch jede Forderung der Arbeiter, um zu verhüten, daß dieselben zu mächtig werden. Organisieren sich die Unternehmer, was ihnen infolge ihrer geringen Zahl, ihrer großen Geldmittel und freiern Bewegung sehr leicht fällt, so müssen sich die Arbeiter ebenfalls organisieren. Dazu gehört allerdings Geld; aber wenn das Geld, was oft in unnützen Vereinsspielereien wie Rauchklubs usw. angelegt wird, zur Organisation verwendet würde, dann würden die Arbeiterorganisationen von den Unternehmerorganisationen anerkannt werden müssen. Sind erst 90 Proz. der Arbeiter organisiert, dann kommt es zu keinem Kampfe mehr, dann tritt die Vereinbarung zweier ebenbürtiger Gegner an Stelle des Streiks. Auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage wurde gesagt: Wenn sich alle Arbeiter zusammenfinden, ohne Ansehen der Religion oder Nation, dann kommen wir zum Ziel. Alles, was arbeitet, muß in die Organisation. Und das Hamburger Echo schrieb vor einiger Zeit: ‚Durch ihre Organisation sind die englischen Arbeiter so weit gekommen, daß alles in gegenseitiger Vereinbarung geregelt wird, Streiks liegen hinter ihnen, und die Unternehmer sehen ein, daß es auch ihnen nützt; in Deutschland ist man noch nicht so weit.‘ Die Engländer haben es verstanden, sich zu organisieren; vom Streik in Sheffield 1827, wo die Messerarbeiter die Maschinen zertrümmerten und die Streikbrecher in arger Weise mißhandelten, bis zu den nach Millionen zählenden organisierten Arbeitern der jetzigen Zeit — welch ein Unterschied. Die immer mehr fortschreitende Organisation der Arbeiter wird am sichersten zum letzten großen Ziele führen: Die Menschheit vom Drucke der ökonomischen Abhängigkeit zu befreien.“ An diesen lehrreichen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, in welcher verschiedene Kollegen wünschten, daß dieser Vortrag anstatt vor 70 vor 7000 Personen gehalten worden wäre, während einige versuchten, die Diskussion auf das Gebiet der Tarifgemeinschaft hinüberzuspielen, was jedoch unter Hinweis auf die Tagesordnung nicht gestattet wurde.

J. B **London**, im Februar. Die am 3. bezw. 10. d. M. abgehaltene 196. vierteljährliche Delegiertenversammlung der Londoner Setzergesellschaft war eine der stürmischsten und zu gleicher Zeit interessantesten seit langer Zeit. Es standen, wie bereits gemeldet, weitgehende Vorschläge resp. Veränderungen der Exekutive, die Arbeitslosen- und sogen. Reiseunterstützung betreffend, auf der Tagesordnung und zwischen 1000 bis 1200 Delegierte waren aus den verschiedenen Offizinen entsandt worden. Aus dem Berichte des Sekretärs ging hervor, daß der Finanzstand der Gesellschaft sich um 11000 Pfd. Sterl. in den letzten zwölf Monaten gebessert und keine ernstlichen Verwickelungen während des verflossenen Vierteljahres stattgefunden, daß im allgemeinen eine bessere Tendenz in unserm Gewerbe Platz gegriffen habe und die Mitglieder der Zukunft mit dem größten Vertrauen entgegensehen könnten. Die Handlungsweise des Lord Penrhyn (Steinbrüche) gegenüber seinen ausgeschlossenen Arbeitern wurde auf das entschiedenste verdammt und betont, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo sich die Gewerkschaftler ernstlich mit der Enteignung des Grund und Bodens solcher Lords und Aufschließung derselben für die Allgemeinheit zu beschäftigen haben würden!! Es ist wohl das erste Mal in den Annalen einer konservativen englischen Gewerkschaft, daß eine derartige Frage mit solcher Offenheit behandelt wurde. Die Delegierten begrüßten diese Ausführungen mit Jubel, beschlossen, den ausstehenden Steinbrucharbeitern eine weitere Summe von 30 Pfd. Sterl. zu bewilligen und eine Urabstimmung der Mitglieder betreffs einer wöchentlichen Unterstützung von 10 Pfd. Sterl. bis zur Beendigung dieses Streiks vorzunehmen. — Ein Fall intensiver Ausbeutung wurde von zwei Mitgliedern, welche in Dover zu 26 Mk. Kondition angenommen hatten, gemeldet und im Bericht erwähnt (Dover besitzt keinen Zweig der Typographical Association). Der betr. Prinzipal hatte städtische Arbeiten herzustellen, welche eilig waren, und bezahlte den von London aus engagierten Kollegen das dort geltende kärgliche Minimum von 26 Schill.; die betr. Kollegen nahmen aber die Gelegenheit wahr, verlangten die Arbeit ins Berechnen nach Londoner Tarif und erzielten hiermit für einige Zeit einen Wochenverdienst von 3 Pfd. 12 Schill. (72 Mk.)! — Des weitern wurde berichtet, daß die heuer zu vergebenden Druckkontrakte der Regierung diesmal an 16 Verbandsdruckereien (bisher drei geschlossene Druckereien) vergeben worden seien; dies ist auf die in Szene gesetzte Agitation zurückzuführen, welche sich mit den Beschlüssen des Parlamentes vor einigen Jahren deckte. — Des weitern führte der Bericht aus, daß in Kapstadt (Afrika) Lohnstreitigkeiten ausgebrochen und bis auf weiteres die Auswanderungsunterstützung nach dort sistiert sei. — Nach Entgegennahme und Diskutierung des Berichtes, bei welcher es zu recht lebhaften Debatten kam, mußte die Versammlung der vorgerückten Zeit halber vertagt werden. — Am Mittwoch, den 10. Februar, versammelten sich die Delegierten in noch größerer Anzahl, um über die Vorschläge der Exekutive betreffs der Unterstützungsfrage zu verhandeln und die Frage der Föderation mit den Maschinenmeistern in Erwägung zu ziehen. Letztere wurde mit großer Mehrheit an die Exekutive zurückverwiesen mit dem Bemerken, daß eine Föderation mit den Maschinenmeistern allein uns im Falle von Streitigkeiten nicht helfen könne; die Exekutive solle daher eine Föderation mit allen oder wenigstens den hauptfächlichsten im graphischen Gewerbe organisierten Gewerkschaften anstreben und bis zur nächsten Delegiertenversammlung hierüber Bericht erstatten. — Die vorgeschlagenen Aenderungen in der Arbeitslosenunterstützung sollten den dehnbaren Bestimmungen dieses Teiles der Statuten ein Ende bereiten, doch war die Versammlung der Ansicht, daß die große Masse der Arbeitslosen nicht darunter leiden sollte, daß einzelne Unwürdige diese Bestimmungen zu ihren Gunsten ausgebeutet hätten; es wurden daher mit etwa 600 gegen 500 Stimmen sämtliche scharfen Vorschläge des Komitees abgewiesen; dasselbe geschah mit den Vorschlägen betreffs der Reiseunterstützung, wonach Kollegen, welche Aushilfskonditionen in den Provinzen annehmen und vor Ablauf von drei Monaten zurückkehren, diese Unterstützung wieder zurückzuzahlen hätten. Sonstigen kleinen und unwesentlichen Aenderungen zum Schutze der Kasse wurde bereitwilligst zugestimmt. Ueber gewisse Vorschläge mußte drei- bis viermal abgestimmt werden, indem sich das Resultat bei der Erregung nur schwer, am Schlusse nur durch Zähler (Tellers) feststellen ließ. Das Ganze ist mehr als ein Kampf zwischen der fortschrittlichen und reaktionären Richtung im Londoner Setzervereine zu betrachten; um diese Angelegenheit den deutschen Kollegen genau auseinander zu setzen, würden fünf bis sechs Spalten unsers Verbandsorgans kaum ausreichen. Ein folgender längerer Artikel über Tarif, Statuten und das Wesen und Wirken der Londoner Setzergesellschaft wird vielleicht mehr zum Verständnisse der berichteten hiesigen Begebenheiten beitragen.

Rundschau.

Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona zahlte im Jahr 1896 für Unterstützung an die Arbeitslosen 5206 Mk., an die Kranken 606,20 Mk., an Reisende 1748 Mk., Sterbegeld für Ehefrauen und Witwen 990 Mark, Sterbegeldzuschuß für Mitglieder 360 Mk., Krankenkassenbeiträge für Arbeitslose 268,50 Mk. und an andere Gewerkschaften 3687,50 Mk. Die Bibliothek beanspruchte 1344,90 Mk., die Verwaltung (einschl. des Gehaltes für den Rendanten) 5229,55 Mk., das Corr.-Abonnement 4139,20 Mk. und die Vergnügungen 967 Mk. Die 26443,60 Mk. betragenden Einnahmen übersteigen die Ausgaben um 1339,05 Mk.; das Vermögen der Allgemeinen Kasse betrug am Jahresschlusse 22218,40 Mk. Weiter wurden noch 620 Mk. Invalidengeldzuschuß, 8726,20 Mk. Witwengeld bezw. Witwengeldzuschuß und 1145 Mk. außerordentliche Unterstützungen gezahlt. Die Witwenkasse besitzt ein Vermögen von 53304,09 Mk. — Für den Verband wurden 51592,10 Mk. eingenommen und ausgegeben, davon an die Zentralkasse abgesandter Ueberschuß 16170,30 Mk. Schließlich verbrauchte eine sogenannte Körner-Stiftung noch 3673 Mk. für Unterstützungen. Die Zahlstelle Hamburg wurde im Jahr 1896 von zusammen 912 reisenden Verbandsmitgliedern berührt und zwar hatten davon 342 weiße und 285 grüne Legitimation, 256 waren nichtbezugsberechtigt und 29 ausgesteuert.

Der Streik der Buchbinder und Luxuspapierarbeiter in Berlin verursachte für die ersteren 5462 Mk., für die letzteren 2660,20 Mk. Kosten, außerdem wurden noch 1190,43 Mk., insgesamt also 9312,63 Mk. ausgegeben, zu welcher Summe aus der Verbandskasse 6312,27 Mk., von der Mitgliedschaft Berlin 838,20 Mk., durch Sammellisten 1708,65 Mk., durch Tellersammlungen 318,96 Mk. und durch kleinere Zuwendungen 134,55 Mk. zuflossen. — Die Lohnbewegung der Buchbinder in München kostete 3534,80 Mk., wozu die Hauptkasse 3036,31 Mk. und die Lokalkasse usw. 498,49 Mk. beisteuerte.

Der Verein der Buchdrucker Krains gibt in seinem Jahresberichte von 1896 Aufschluß über die Thätigkeit und die Kassenverhältnisse dieser nun bereits 29 Jahre bestehenden Bruderorganisation, welche damit auf eine sehr arbeitsreiche Geschäftsperiode zurückblicken kann. Mit Beginn des Berichtsjahres gelangte der Normallohntarif einschließlich der neunstündigen Arbeitszeit in Krain zur Einführung; weiter wurde ein Wohlthätigkeitsverein der Buchdrucker Krains auf der gleichen Grundlage wie die ähnlichen Institute in den übrigen Kronländern gegründet, wodurch der Gewerkverein in humanitärer Beziehung entlastet wurde. Die Vereinsgeschäfte wurden in fünf Versammlungen und fünfzehn Ausschußsitzungen erledigt. Die Kassengebarungen ergaben folgendes Bild: Einnahmen 2395,70 Fl. Beiträge, 36,50 Fl. Einschreibegebühr, 684,91 Fl. Zinsen und 372,27 Fl. Diversa, zusammen 3489,38 Fl. Ausgaben 2404,38 Fl. für Unterstützungen, 239,98 Fl. für Bildungszwecke, 351,45 Fl. für Verwaltung und 287,82 Fl. Diversa, insgesamt 3283,63 Fl., so daß das Vermögen einschl. des Zuwachses von 205,75 Fl. 16579,82 Fl. beträgt. Der Tariffonds hat 282,99 Fl. eingenommen und 194,22 Fl. ausgegeben; Vermögen: 933,66 Fl. — Die Zahl der Mitglieder ist im Berichtsjahre von 85 auf 90 gestiegen; außerdem hat der Verein noch 9 Ehrenmitglieder und einen Invaliden.

In Leeds, Leicester, Nottingham und anderen Orten Englands erzielten die Buchdrucker auf gütlichem Weg eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 52 Stunden pro Woche; gefordert waren 48 Stunden.

Preßsünder. Der Redakteur des Lübecker Volksboten, Friedrich, wurde wegen Beleidigung der Schutzmannschaft zu sechs Wochen, unter Einrechnung der erst kürzlich über ihn verhängten Strafe zu elf Monaten Gefängnis verurteilt. Redakteur Zahn von der Breslauer Volkswacht erhielt vierzehn Tage Gefängnis wegen Beleidigung eines Pastors (beantragt waren sechs Monate). Der frühere Redakteur des Volksblattes für Anhalt, Münchow, fünf Wochen Gefängnis wegen Beleidigung der Direktion der Dessauer Zuckerraffinerie. Wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen sowie wegen Beleidigung der Staatsregierung hat der Kuryer Poznanski in Posen 600 Mk. zu zahlen, die Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung 50 Mk. wegen groben Unfugs, begangen in einer Notiz über die Weiterführung einer Zeche, die Ulmer Zeitung 100 Mk. wegen Beleidigung eines Regimentskommandeurs, 150 Mk. das Volksblatt für Halle wegen Beleidigung des Offizierstandes.

Das Arbeitsamt in Stuttgart tritt nun in Kraft. Als Arbeitersekretär wurde von der organisierten Arbeiterschaft der Schriftsteller Agster gewählt.

In Berlin tagte eine Kongreß der Bauarbeiter. Anwesend waren 35 Delegierte. Zunächst erstatteten die Delegierten Bericht über die örtlichen Verhältnisse, die hinsichtlich der Entlohnung wie Arbeitszeit fast in jedem Ort andere sind. Die Stundenlöhne bewegen sich am meisten zwischen 20 und 30 Pf., gehen jedoch auch bis zu 50 Pf. hinauf. In mehreren Orten herrscht die Akkordarbeit vor. Auch Frauen und Kinder werden hier und da als noch billigere Arbeitskräfte beschäftigt. Der zweite Tagesordnungspunkt betraf die Organisation und Agitation. Eine angenommene Resolution schlägt die Ernennung eines Vertrauensmannes in öffentlicher Versammlung in jedem Orte, wo dies angängig, vor. Diese Vertrauensmänner sollen einem vom Kongresse zu wählenden Generalbevollmächtigten unterstellt werden, der die gesamte Agitation zu leiten und einen von der Organisation getrennten, durch freiwillige Sammlungen aufzubringenden Fonds zu verwalten hat. Als Zusatz wurde der Wunsch ausgedrückt, die Bauarbeiter in die Organisation der Maurer aufgehen zu lassen. Ein als Gast anwesender Maurer sprach sich sehr sympathisch für diese Verschmelzung aus, hielt dieselbe aber zur Zeit noch nicht durchführbar. Das Kapitel „Presse“ gab, nachdem die Schreibweise des Bauhandwerkers (Redakteur Keßler) sehr scharf getadelt, zu dem Vorschlag Anlaß, das Organ der Bauarbeiter „Der Arbeiter“ mit dem der Maurer „Grundstein“ und dem „Zimmerer“ zu verschmelzen; ein Beschluß hierüber wurde jedoch nicht gefaßt. Der nächste Gegenstand der Besprechung war die Arbeiterschutz-Gesetzgebung; man forderte ausreichende Kontrolle der Bauten durch staatliche Beamte unter Mitwirkung von durch die Arbeiterorganisationen gewählten Arbeitern und schloß sich im übrigen der Petition der Hamburger Bauarbeiter an. Weiter beschäftigte man sich mit dem Bauschwindel; es wurde die Einsetzung von Bauschöffen-Aemtern gefordert, welche die Bauunternehmer (technisch wie finanziell) zu prüfen haben, ferner die Anerkennung der aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Forderungen der Arbeiter als bevorzugte, wöchentliche Lohnzahlung und Einsetzung von technisch gebildeten Aufsichtsbeamten behufs Ueberwachung der Innehaltung der baupolizeilichen Vorschriften. Weiter angenommene Anträge beziehen sich auf Abschaffung der Akkordarbeit, internationale Verbindungen mit den Berufsgenossen, Einberufung von Kongressen nach Bedarf, Eintreten für die Maifeier. — Die Bemühungen der Bauarbeiter (s. a. unter Litteratur) sind nicht ohne Erfolg geblieben. Auf Veranlassung des Reichskanzlers hat der preußische Handelsminister die Polizeibehörden, Kreis-, Bau- und Gewerbeinspektoren aufgefordert, eine Reihe von Fragen zu beantworten, die sich auf den Arbeiterschutz im Baugewerbe beziehen.

Die in Magdeburg versammelt gewesenen Delegierten der Stukkateure Mittel- und Norddeutschlands beschlossen, in jeder Stadt einen Unterstützungsfonds zu gründen und den Arbeitsnachweis zu zentralisieren. Die Verhältnisse derselben sind derart, daß sich eine Aufbesserung dringend nötig macht, es sind denn auch bereits Vorkehrungen in dieser Beziehung getroffen worden.

Der in Brüssel abgehaltene erste Kongreß der belgischen Handelsangestellten beschloß die Gründung eines Nationalverbandes.

Lohn- usw. Konflikte. Braunau i. B.: Die Bergolder-Firma Bachwalski beabsichtigt, eine Lohnkürzung eintreten zu lassen. Halensee: Sämtliche Arbeiter der Deutschen Fahrradfabrik Sturmvogel streiken wegen Maßregelung eines Kollegen. Hamburg: Die Schauerleute haben den Widerstand gegen den Revers, nach welchem sie sich verpflichten, mit den „Auch-Kollegen“ in Frieden zu leben, aufgegeben. Leipzig: Der Streik der Zimmerer auf dem Ausstellungsplatz ist durch Bewilligung der Forderung seitens aller Beteiligten beendet. Magdeburg: 120 Packhof- und Elbarbeiter streiken wegen Lohndifferenzen. Schwedt a. O.: Seit 14. Februar streiken 60 Zimmerer um zehnstündige Arbeitszeit und 30 Pf. Mindestlohn. Weißenfels: Im Ausstande befinden sich noch etwa 150 Arbeiter aus den Fabriken Seiler und Hitzschke.

Der Diamantarbeiter-Streik in Hanau dauert nun schon seit zehn Wochen, es sind 118 verheiratete Arbeiter mit 257 Kindern und 74 ledige zu unterstützen. Daß bei einem Wochenlohne von 20 Mk., den man noch um 40 Proz. reduzieren will, die Arbeiter nicht freiwillig sich fügen können, ist selbstverständlich, nur die Not könnte sie dazu zwingen und sie hoffen, daß die übrige Arbeiterschaft es nicht dazu kommen läßt, zumal auch die Organisation dabei in Frage käme. Die Beteiligten haben sich trotz geringer Unterstützung musterhaft gehalten, nicht einen Streikbrecher haben sie zu verzeichnen. Nähere Auskunft erteilt Otto Reinhard, Erbsengasse 2.

Litteratur.

Ein Beitrag zur Geschichte der baugewerblichen Arbeiterschutzgesetzgebung in Deutschland. Von G. Heinke, Töpfer. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien. Preis 30 Pf. Die Schrift belehrt uns über das, was den Bauarbeitern zunächst notthut, d. i. eine Regelung der Fensterfrage im Winterbau und die Abschaffung der offenen Koalsfeuer. Der Inhalt besteht in Protokollen über Verhandlungen, welche eine Dresdener Bauarbeiter-Kommission im Reichskanzleramt und im Reichsversicherungsamt über die vorhandenen Mißstände führte, ferner enthält dieselbe eine in dieser Angelegenheit ausgearbeitete, für den Bundesrat bestimmte Denkschrift und als Anhang die Durchschnittslöhne der Berufsgenossenschaften von 1889, eine Kranken- usw. Statistik der Maler und Lackierer in Dresden, eine statistische Zusammenstellung nach den rechnerischen Ergebnissen der Zentral-Kranken- und Sterbekassen der Maurer, Töpfer, Maler und Zimmerer und den Abdruck zweier Flugblätter an die Bauarbeiter. Wie hieraus ersichtlich, ist die Schrift zwar zunächst für die Bauarbeiter als geeignetes Agitationsmaterial bestimmt, indessen auch für Jeden lesenswert, der sein Wissen über die Verhältnisse anderer Branchen bereichern will.

Gestorben.

In Danzig am 4. Februar der Setzer Willy Daube von da, 24 Jahre alt — Lungentuberkulose.

Verbandsnachrichten.

Odergau. Die mit dem Jahresberichte noch rückständigen Bezirksvorstände, speziell vom Bezirke Stettin (Stadt), welcher trotz mehrfacher Erinnerungen mit der Abrechnung vom 4. Quartal 1896 noch aussteht, ersuchen wir, dieselben möglichst sofort an den Gauvorsteher einzusenden. — Bei dieser Gelegenheit sei nochmals an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Gautag in diesem Jahr ausfällt.